



Schulfrei für die Bundeswehr
Lernen für den Frieden

Eine Mitmachkampagne

Die Lage

Die Bundeswehr wird zur Armee im weltweiten Dauereinsatz umgebaut. Afghanistan war erst der Anfang, jetzt rücken afrikanische Länder wie Mali ins Blickfeld. Die Aussagen deutscher Politiker, wie Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 lassen befürchten, dass das politische Establishment sich nicht zum weitest gehenden Vorrang ziviler Konfliktlösungsstrategien bekennt.



Laut Umfragen steht die Mehrheit der Bevölkerung dem skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Deshalb wurden auf Initiative des Verteidigungsministeriums seit 2008

Kooperationsvereinbarungen zwischen bislang acht Kultusministerien und Wehrbereichskommandos unterzeichnet.

Die **Bundesregierung** von CDU/CSU und SPD will den Einfluss der Bundeswehr auf die Schule noch verstärken.

Im Koalitionsvertrag steht: „Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“

Die baden-württembergische Kooperationsvereinbarung vom 4. Dezember 2009 räumt der Bundeswehr im Schulwesen des Landes Privilegien ein.

So sind die Jugendoffiziere in die **Lehreraus- und -fortbildung** eingebunden.

In den Jahren 2007–2010 erreichten sie in 57 Ausbildungsveranstaltungen, davon 36 Pflichtveranstaltungen, an den baden-



württembergischen Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung 1.505 Personen. Jugendoffiziere sind auch Türöffner für sog. Karriereberater, die in den Schulen ganz konkret für den Arbeitsplatz Bundeswehr werben.

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht und den vermehrten Auslandseinsätzen hat die Armee große Nachwuchssorgen.

So verstärkt die **Bundeswehr** ihre Präsenz über die Schulen hinaus auch auf Messen, in Job-Centern, im Internet, Radio, Fernsehen, in Zeitungen, bei Sportveranstaltungen, in diversen Jugendmedien und in Schülerzeitungen.

Mittels § 58 c Soldatengesetz erhält sie von den Meldebehörden die Adressen aller 17-Jährigen. Jeder und jede hat das Recht der Weitergabe der Daten zu widersprechen und sollte dies auch tun.

Jährlich werden so rund 1.000 minderjährige Jungen und Mädchen als freiwillig Wehrdienstleistende und Zeitsoldaten eingezogen und an der Waffe ausgebildet.

Um Schulen als zivile Einrichtungen ohne Beeinflussung durch die Bundeswehr zu erhalten, hoffen wir, dass sich möglichst viele durch Beschlüsse zu militärfreien Schulen erklären.



Trotz Beschluss zur Kündigung der Kooperationsvereinbarung durch Bündnis 90/Die Grünen im Dezember 2012 und entsprechender Aussagen zahlreicher SPD-Abgeordneter, hat sich unter der grün-roten Landesregierung an diesen Praktiken nichts geändert.

Auch im zweiten Arbeitsfeld der Kampagne, der **Zivilklausel** für alle Hochschulen, ist noch viel zu tun. Mit

ihr soll sichergestellt werden, dass Forschung, Lehre und Studium ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen.

Zwar hat die SPD in Baden-Württemberg auf ihrem Parteitag im Oktober 2013 die Aufnahme der **Zivilklausel** ins neue Hochschulgesetz beschlossen.

Aber nun lehnt Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) dies ab, während sie zu Oppositionszeiten genau diese Forderung erhoben hatte.

Ziele der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“

- Ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung von 2009!
- Beschneidung der vielfältigen Werbemöglichkeiten für die militärorientierte „Sicherheitspolitik“ und für den „normalen Arbeitgeber“ Bundeswehr
- Verbot der Anwerbung und Ausbildung von Minderjährigen
- Aufnahme des Leitprinzips „Bildung zur Menschlichkeit und Friedensliebe“ in alle schulischen Bildungspläne, gemäß Art.12 der Landesverfassung.
- Aufbau von Kapazitäten der Friedensforschung und der Friedenspädagogik an den Hochschulen und Lehrerbildungseinrichtungen des Landes
- Verpflichtung der Hochschulen in Baden-Württemberg auf eine möglichst effektive Zivilklausel



Handlungsfelder und -formen

- Weitere Initiativen der Friedensbewegung einbeziehen
- Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ausbauen
- Zusammenarbeit mit den Kirchen (ev. Landeskirchen, kath. Diözesen) ausbauen
- Zivilgesellschaftliche Gruppen gewinnen
- Kontakte zu Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft, zu studentischen und anderen Hochschulgruppen aufbauen und verstärken
- Bundesweite Vernetzung fördern und nutzen
- Öffentlichkeit gewinnen durch Arbeit mit allen Medien, aber auch durch Tagungen, Unterschriftenaktionen, Aktionstage, Demonstrationen und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen
- Intensive Lobbyarbeit gegenüber Landtag und Regierung



Machen Sie mit und unterstützen Sie unsere Arbeit

Kontakt und weitere Informationen:

Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“, c/o DFG-VK Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, ba-wue@dfg-vk.de

Spendenkonto bei der GLS-Bank: Pax an,
IBAN: DE90 4306 0967 7021 1954 00, BIC: GENODEM1GLS
Stichwort „Schulfrei für die Bundeswehr“

In der Kampagne arbeiten derzeit mit: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg, Informationsstelle Militarisierung, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi Baden-Württemberg, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, Ökumenisches Netz Baden-Württemberg, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart, Pax an – die Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung e.V., Die AnStifter, das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee, die Pressehütte Mutlangen, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Baden-Württemberg.

Weitere Informationen:

www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de
und in Facebook Schulfrei für die Bundeswehr

